

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 381.

für Anhalt, und Thüringen.

Jahrgang 205.

Belegblätter für Halle und Vertriebe 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Gratiis-Beilagen: Halle'scher Kurier (tägl. Heftenbeil.), U. Unterrichtsblatt (Sonntagsbeil.), Domb. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigebestellungen für die Geschäftsstellen oder deren Raum für Halle u. den Vertriebsort 20 Wg., außerhalb 30 Wg. — Stellen am 20. Wg. sind bei reaktionellen Zeilen die 100 Wg. Anzeigengebühren bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 155 u. 156; Telephonnummern 1272. Vertriebsstellen: Dr. Walther Behnkenstein in Halle a. S.

Donnerstag, 15. August 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurirtel Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Abrüstung und Generalstreik.

Es ist sicherlich kein zufälliges Zusammentreffen, daß gerade jetzt, fast unmittelbar nach dem Bekanntwerden des neuen russisch-französischen Marineabkommens und gleichzeitig mit der Petersburger Note des französischen Ministerpräsidenten, der leitende Staatsmann Englands im Unterhause auf eine Motion über die Abrüstungsfrage veranlaßt wurde. Die Antwort, die Herr Asquith auf eine ad hoc gestellte Anfrage erteilte, ist so ausgefallen, daß sie den Standpunkt, den die deutsche Regierung gegenüber der Idee einer allgemeinen Abrüstung von jeher eingenommen hat, vollständig rechtfertigt. Herr Asquith hat erklärt: „**E r g l a u b e n i c h t**, daß die internationale Abrüstung, wenn damit die Abschaffung jeder bewaffneten Macht gemeint sei, praktisch durchführbar sei. Die britische Regierung sei immer bereit gewesen, die Frage der Steigerung der Rüstungsausgaben international zu erörtern; auf jede Anregung der anderen Großmächte nach dieser Richtung hin werde die britische Regierung bereitwillig eingehen.“ Diese Erklärung ist ein Rückzug der englischen Regierung in aller Form. Und doch kann man über ihn auf deutscher Seite Verwunderung nicht empfinden. Denn die englische Regierung ist mit dieser Antwort des Herrn Asquith an den Ausgangspunkt ihrer Auffassung des Rüstungsproblems zurückgekehrt: England will nur wegen einer weiteren Steigerung der Rüstungsausgaben, wohlgeachtet der Rüstungsausgaben, mit sich geben lassen, im übrigen will es seine unbedingte Vorherrschafft auf See mit einer Ueberlegenheitsquote nach dem Verhältnis von 1,6 : 1 oder gar 2 : 1 aufrechterhalten wissen. Alles Anerbieten zu internationalen Verhandlungen über die Abrüstungsfrage war also lediglich Normand und Augenwischerei. Von einer Macht wie England, die zuerst dazu übergegangen ist, die Stärke ihrer Kriegesflotte nicht nach dem eigenen Bedürfnis des Handelszweiges und des Landesverteidigung, sondern nach der Zahl und dem Geschwärtz der Seestreitkräfte anderer Seemächte, vor allem einer Seemacht, zu bemessen, konnte allerdings nur ein Phantasie der Träumer anderes erwarten. Die englische Flottenpolitik seit 1890 ist der grimmigste Sohn auf die Abrüstungsfrage. England hat mit der willkürlich angenommenen Formel für seinen Rüstungsbeitrag gerade im entgegengesetzten Sinne gehandelt, es hätte ein ausgeprochen aggressives Moment in die Rüstungsfrage hineingetragen und hat nun die Wästel fallen lassen.

Für unsere deutschen Friedensliebhaber, denen schon die Drohrede des Herrn Churchill vom Flottenergänzungsausschuss ein böses Ervachen bereitet haben mag, ist das wiederum eine heilsame Lehre, für die deutsche Sozialdemokratie wohl viel weniger ein willkommenes Ereignis. Deren antimilitaristische Propaganda kann die Fortschrittliche Bewegung sehr zu statten. Damit ist es nun vorbei. Die deutsche Sozialdemokratie mag sich freuen und werden wie sie will, auch sie muß jetzt anerkennen, daß der Traum einer allgemeinen Abrüstung, allgemein zu wie uns Herr v. Bethmann-Hollweg vorgelegt und Herr v. Aehrenthal-Mächter jedoch befohlen hat, endgültig ausgeträumt ist.

Unter diesen veränderten Umständen muß die Propaganda für den politischen Affektstreik noch deutlicher sich als das enthüllen, was sie in Wahrheit ist: planmäßige, wohlüberlegte Aufforderung zum Hochverrat. Das Deutsche Reich schließt sich gegen den äußeren Feind und wendet alljährlich Hunderte von Millionen für diesen Zweck auf. Den Feind im Innern des Landes läßt es genähren; niemand stört die deutsche Sozialdemokratie bei ihrer Arbeit, eine Armee des Sozialismus zu organisieren und zu disziplinieren, die der legitimen Wehrmacht des Reichs in den Rücken fallen, deren Verwendung überaus unmöglich machen soll. Das ist offener Verratsversuch, das ist unweiblicher hochverräterischer Treiben, ist gerade das Gegenteil einer friedlichen Politik, da die Reichswehr durch den Affektstreik unserer Gegner dadurch gereizt und gefeigert werden muß. So begreifen sich der englische Chauvinismus und der Antimilitarismus der deutschen Sozialdemokratie in ihren Absichten: Beide arbeiten auf die Vernichtung Deutschlands hin!

### Jubelfest und Totenklage.

Das Fest der Arbeit, das die Werkzeuge in Offen anläßt ihres hundertjährigen Bestehens in glanzvollem Rahmen und unter vielen Ehrungen dieser Tage begehen, ist sich aberschanden worden. In die Klänge der Jubelfeier auf der Villa Engel brachten am 8. August die erlöschenden Nachrichten von dem furchtbaren Grubenunglück auf der Zeche „Sothringen“, die nur eine halbe Bestunde vom Orte der Festfreude entfernt liegt. Der Kaiser mit seinem Gefolge ist in Begleitung des Reichskanzlers und anderer hoher Beamten alsbald an die Stätte der graufigen Katastrophe geeilt, ein Akt, der den Geshliss und das Feingefühl unterer Monarchen im freundlichsten Lichte zeigt. Die Stund-

gebung mitleidsvoller Teilnahme für die von entsetzlicher Unheil betroffenen Bergknappen und deren Familien kann in der deutschen Nation nur mit dankbarer Genugtuung begrüßt werden und wird dazu beitragen, die Verehrung des Volkes für Wilhelm II. und seine landesväterliche Betätigung zu festigen. Leider scheint dieses Gefühl innigen Dankes für die Weilsbezeugung des Kaisers und Königs zu den Vorkämpfern der Sozialdemokratie nicht vorgegangen zu sein. In den sozialdemokratischen Blättern wird in brutaler Bekanntheit die Verdrüßlichkeit über das Grubenunglück in den festlichen Veranlassungen in Bezug auf ein Stimmungsbild verarbeitet durch das Genehmigungsüberlief der Tribünen gefeiert wird. Die Gegenüberstellung der beiden Ereignisse ist für einen Wortführer der Massenpropaganda leicht gefunden: dort bei Krupp die vom Arbeiterproletariat großgemachten Geldproben, die Industriefriede in trauten Verein mit den allerhöchsten Personen, hier in Bochum die Grubenklagen, die um fargen Lohn und unter steter Lebensgefahr im Schöße der Erde nach den schwarzen Diamanten zu schürfen genötigt sind, und denen wegen unzulänglicher Sicherheitsmaßnahmen ein Ende mit Schreden bereitet ist. Zwei Welten, die durch eine unüberbrückbare soziale Kluft voneinander getrennt sind, die im feindseligen Gegenatz zueinander stehen werden bis auf den Tag, wo der völkerverfeindende Sozialismus stark genug sein wird, die Arbeiter zu Herren der Betriebe zu machen!

Wie man sieht, die abgegrautete Balze anarchistischer Prophetie ist wieder einmal in Bewegung gebracht worden. Sie wird, nach früheren Erfahrungen, noch längere Zeit hindurch gehetzt werden, um den Forderungen der Bergknappen in den nachfolgenden parlamentarischen Erörterungen größeren Nachdruck zu verleihen. Als das nächstliegende Angriffsziel werden die Sicherheitsmänner bezeichnet, denn seitens des alten (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverbandes wird behauptet, daß das Schlagwettersunglück auf Weilsbeilsfeld nach sich nicht ereignet hätte, wenn unabhängige Grubenkontrollen der Belegschaften an Stelle der durch gesetzliche Klauseln und Verwaltungsbehörden in ihren Aufsichtsbereichen mangelhaft bewohnten Sicherheitsmänner vorhanden gewesen wären.

Die Nachprüfung der von der Rechenverwaltung gegebenen Darstellung über die Ursachen der Katastrophe wird nun freilich unermüdlich sein. Eine solche Klarlegung ist ohne Rücksicht auf die unterferbaren argen Ueberbetreibungen beherrschter Verantwortlichen aus dem Grunde geboten, um einwandfrei zu ermitteln, ob wirklich alle Vorkehrungen zur Sicherung gegen Betriebsunfälle im vorliegenden Falle getroffen waren. Die Untersuchung wird hoffentlich auch ergeben, in welchen Beziehungen die bezugspolitischen Betriebsvorschriften etwa zu verfehlen werden. Ohne der Untersuchung und Aufklärung vorzugreifen, wird die strenge Beobachtung aller Maßnahmen, die zur Vergrößerung der Betriebssicherheit geeignet scheinen, gefordert werden müssen. Ob freilich die Erweiterung der Aufsichtsstärke der von den Knappen gewählten Sicherheitsmänner gleichfalls hierher zu zählen wäre, ist uns mindestens höchst zweifelhaft. Befriedigt wurden diese Arbeiterkontrollbeamten vor drei Jahren auf das Drängen der Regierung eingeführt, um, wie damals unüberlulit zugegeben wurde, die durch das entfehlende Massenunglück von Kattbode stark erregten Bergbauautoritäten nicht den geringsten praktischen Nutzen für die Sicherheit der Kohlengruben von den neuen Aufsichtsbearbeitern in Aussicht stellen. Dieses Urteil dürfte auch noch heute zutreffen, wird sogar von den Bergknappen selbst geteilt. Wenn die Nation nichtsdestoweniger jetzt gerade an diesen Punkt anknüpft, so ist das nur aus dem Bedürfnis der sozialdemokratischen Elemente in den Anknüpfungen zu begreifen, für ihre Wadstweide aus dem Unglück politische Kapital zu schlagen. Auf diesem Wege wird die konservative Partei ihnen ganz gewiß nicht folgen, wohl aber nach Kräften bemüht sein, tatsächlichen Uebelständen mit gebührender Strenge zu begegnen.

Daß einer gewissen Sympathie an einer sachlichen Behandlung der Unfallgefahr im Bergbaubetriebe wenig gelegen ist, beweisen ihre lärmenden Anfragen gegen die bemeintliche Profitgier der „Kohlenbarone“. Da ferner diese Gruppe kapitalistischer Unternehmer mit besonderen eigenartigen Trieben vor anderen offenbar nicht befreit ist, so wird die Angriffsfläche folgerichtig so ausgedehnt, daß auch die Unternehmer aller anderen industriellen Großbetriebe auf dem Sündenbanke Platz nehmen müssen. Es wird, um es kurz zu sagen, auf die Gesamtheit der kapitalistischen Unternehmungen so nachher losgehauen, wie es für einen überzeugten Klassenkämpfer des Arbeiterproletariats sich ziemt. Auf diese Weise kann auch die Donatist Krupp mit groben Anwürfen reichlich bedacht werden. Die Heiner Jubelfeier vor den sozialrevolutionären Aufwieglern ohnehin ein Dorn im Auge, weil sie vor aller Welt für ein porridliches Verhalten einer Industriemagnatenfamilie in ihren Angelegten bestes Zeugnis ablegte. Da kam die Katastrophe auf der Zeche „Sothringen“ den Bühlern, die wüßten fast sagen, wie gerufen, um durch Hinweise auf den grellen Kon-

trast zwischen den fröhlichen Festen und dem erschütternden Jammer der Bergknappen die psychologischen Einbrüche der Jubelfeier auf die deutsche Arbeiterklasse zu verweisen. So wird die Totenklage um die neuen Opfer des schwarzen Schredens gewissenlos verquirit mit wilden Jormensausbrüchen gegen das Serrentum, das Feste feiert, während eine Katastrophe seiner Arbeitsflaven einem grauenvollen Verhängnis anheimfällt.

### Die Lage auf dem Balkan.

Die jugoslawischen Beamten, welche die Unterzeichnung der Erklärung, sich feiner politischen Partei anzuschließen, verweigern, werden abgeteilt. Viele Beamte sind noch unzufrieden. Bezüglich des Entlassungsgelübes des Ministers des Innern Zia Pascha herrscht die Ansicht, daß es sich um einen Gegenatz zwischen den beiden im Kabinett durch Zia Pascha und Stiml Pascha vertretenen Strömungen handelt. In seinem Geluß hat Minister Zia Gesundheitsrückfälle als Grund seines Austritts angegeben.

Das Ministerium des Innern hat an die Behörden der Wilajets ein Rundschreiben gerichtet, in dem die aufgeführten werden, am 14. August mit den Vorbereitungen für die Wahlen zu beginnen. Die Wahlkollegien sollen am 14. Oktober gebildet sein und die Deputierten haben am 14. November in Konstantinopel einzutreffen. In einem Rundschreiben des Gouverneurs wird den Beamten der Auftrag erteilt, die Wahlen in voller Freiheit und Unparteilichkeit stattfinden zu lassen. Diejenigen Beamten, die verurteilt werden, die Abstimmung zu beeinflussen, würden bestraft werden.

Die Polizei verhaftete einen Bulgaren, der sich als Albaner verkleidet hatte, unter dem Verdacht der Spionage. Der Verhaftete soll der Anführer einer Bande sein.

Die Wiener Neue Freie Presse“ meldet, der Minister des Äußeren Graf Taariff habe veranlaßt, daß ein Meinungsaustrausch darüber herbeigeführt werde, daß einerseits das gegenwärtige türkische Regiment die Interessen der anderen Balkanvölker entsprechend berücksichtigen solle und daß andererseits die Balkanvölker ihre Ansprüche an die Fortwite mit den tatsächlichen Verhältnissen in Uebereinstimmung bringen mögen.

Nach Erfindungen an zutünftiger Stelle hat die bulgarische Regierung an die Großmächte das Eruchen gerichtet, ihren Schritt in Konstantinopel auf Unterzeichnung der Greuelakten in Kottjona und Beirung der Schuldigen zu unterstützen. Bisher ist von den Mächten der Trientelente eine zustimmende Antwort eingelaufen. Am 13. d. M. kommenden Nachrichten zufolge wurde in der Umgebung der Stadt am Sonntag ein Aufsehen erregender Mord verübt, der unter der albanesischen Bevölkerung lebhaften Unruhe hervorgerufen hat. Der Ermordete ist Kadri Bey, der 7. Führer der albanesischen nationalen Bewegung in Albanien. Er hatte einen Anfall in die Umgebung von Tirana gemacht und ist von unbekannten Männern überfallen und getötet worden. Die Albaner beklagen die Griechen des Verbrochens. Sie behaupten, daß Kadri Bey den Griechen unbenquem war, weil er die nationale albanesische Bewegung leitete und den griechischen Interessen im Wege stand.

### Deutsches Reich.

Die scheinbare Doppelvericherung der gering bestohlenen Angelegten in der Angestelltenversicherung.

Man schreibt uns: Wie aus Anfragen aus Arbeitsbetriebe hervorgeht, scheint man teilweise anzunehmen, daß für Angelegte mit einem Einkommen bis zu 2000 Mark für die Vericherung für die Angestellten- und Sinterdienstenversicherung zu zahlen sind, in Zukunft eine doppelte Belastung dadurch eintreten wird, daß auch noch Beiträge für die Angestelltenversicherung zu entrichten sind. Diese Auffassung ist jedoch unzutreffend. Das Gesetz hat für Arbeitgeber und Angestellte eine gleiche Belastung von je 4 Prozent des Einkommens festgesetzt. Da nur die Angestellten mit einem Einkommen bis zu 2000 Mark auch für die Angestellten- und Sinterdienstenversicherung Beiträge zu zahlen haben, so würde für eine Belastung von mehr als 4 Prozent ihres Einkommens einzutreten. Im dies zu vermeiden, sind bei der rechnungsmäßigen Ermittlung durch entsprechende Ermäßigung die Beiträge so bemessen, daß durch die 8 Prozent zugleich der Beitrag zur Angestellten- und Sinterdienstenversicherung mit gedeckt wird, die zu ähnlichen Vorkommnissen dienen. Dies ist dadurch erreicht worden, daß man der Berechnung 1/2 8 Prozent des Einkommens ein geringeres Gehalt zugrunde gelegt hat, als die Vericherten innerhals der betreffenden Gehaltsklassen tatsächlich haben. Für jede Gehaltsstufe ist ein Mittel festgesetzt, dessen Sach allen Einkommensstufen, die in einer Gehaltsklasse vorkommen können, am meisten gedeckt wird. Unter Berücksichtigung der in Bezug zu bringenden Beiträge der Angestellten- und Sinterdienstenversicherung sind daher für die einzelnen Gehaltsklassen folgende Durchschnittsbeiträge angenommen: A. 240 Mark, B. 480 Mark, C. 720 Mark, D. 1020 Mark und E. 1440 Mark. Sierdurch ist erreicht worden, daß von den 8 Prozent, die von dem Einkommen für die Ang-





